



Neues aus dem RATHAUS

Norising-Autorennen muss beendet werden

Auf Initiative der LINKEN LISTE hatte sich der Stadtrat im Jahre 2023 mit dem jährlichen Autorennen befassen müssen – zum ersten Mal. Bis dahin ging der „Verwaltungsvorgang“ an dem Stadtrat vorbei. Dass dies angesichts der Klima- und Energiekrise nicht mehr zeitgemäß ist, konnte niemand widersprechen. Schließlich werden an einem Wochenende 25.000 Liter Sprit aus Spaß verfahren – das

entspricht einen CO₂-Ausstoß von 60 Tonnen! Zeitgleich die Bürger*innen zum frieren und seltener duschen aufzufordern passt nicht zusammen. Auch 2024 hatte Stadträtin Marion Padua beantragt, das Rennen nicht zu genehmigen. Auch wenn ab diesem Jahr verstärkt E-Motoren und mit synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) betriebene Fahrzeuge zum Einsatz

kommen sollen – klimaneutral sind diese lange nicht. Die Antwort des Oberbürgermeisters auf den Stadtratsantrag lautet: „Es gibt viele tausende Fans in Deutschland und Europa, die es schade fänden, wenn es keinen Motorsport mehr gäbe.“

Tja, Herr König, wir finden es sehr schade, dass Sie den Klimawandel scheinbar nicht ernst genug nehmen.

Grüner Asphalt auch für Nürnberg

Eine klimaschonende Alternative im Straßenbau stellt seit einiger Zeit sogenannter „Grüner Asphalt“ dar. Für „Grünen Asphalt“ wird Pflanzenkohle als Zuschlagstoff verwendet. Dadurch ist „Grüner Asphalt“ nicht einfach klimaneutraler bei der Produktion des Asphalts wird eine positive CO₂-Bilanz erreicht. „Grüner Asphalt“ kann, da Kohlenstoff dauerhaft gebunden und nicht in die Atmosphäre abgegeben wird, helfen, den CO₂-Fußabdruck im Bau- bzw. Verkehrssektor erheblich zu verkleinern. Dabei sind die Kosten für „Grünen Asphalt“ nur wenig höher als für konventionellen Asphalt.

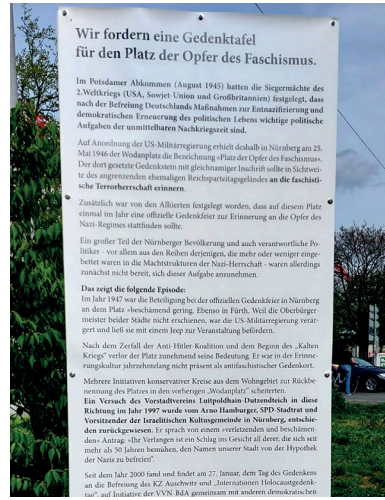
Deshalb hat die LINKE LISTE im Stadtrat beantragt, dass die Verwendung des Grünen Asphalt bei Straßenbauprojekten zu verwenden und sich mit

anderen Kommunen, die das bereits tun, auszutauschen.

Aufwertung von Gedenkorten und Mahnmale

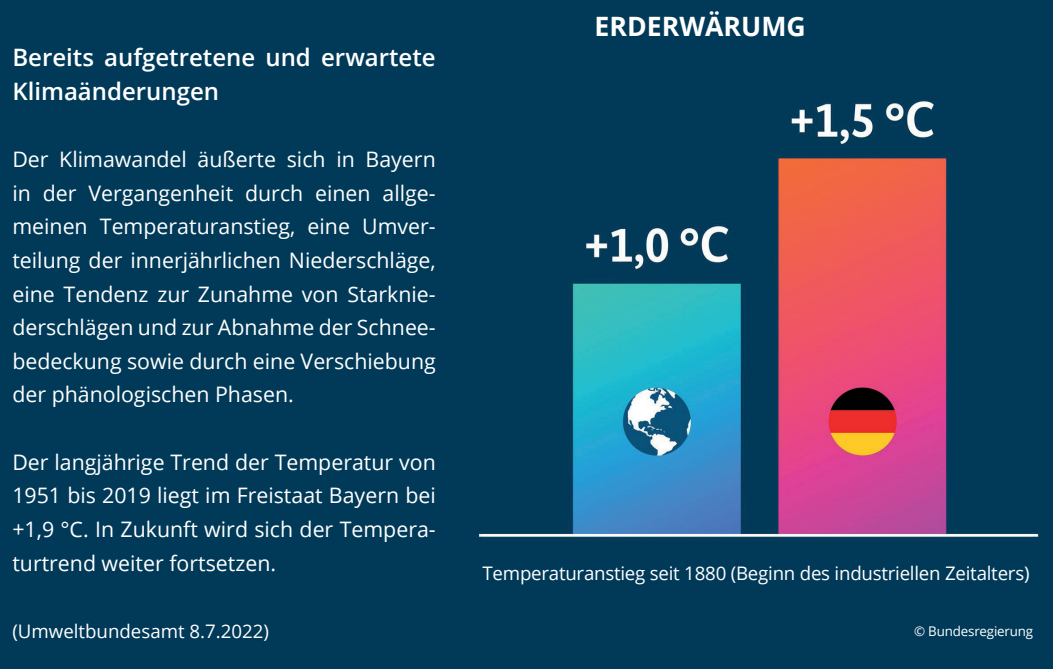
Als ehemalige „Stadt der Reichsparteitage“ des Hitlerfaschismus steht Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte in der Verantwortung Gedenkorte zu pflegen. Diese Orte bieten uns die Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen. Leider verkümmern einige dieser Orte und sind nicht wirklich erkennbar. Deshalb hat die LINKE LISTE auf Initiative der VVN e.V. einen Stadtratsantrag gestellt.

Eine Aufwertliche dieser Orte und deren bessere Integration in die Erinnerungskultur der Stadt sind dringend geboten. Um ein würdevolles Gedenken zu gewährleisten, sollen die Orte sichtbarer und ansprechender gestaltet



LINKE LISTE Nürnberg
Zwillingstraße 12
90459 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 87 60 13
buero@linke-liste-nuernberg.de
linke-liste-nuernberg.de

Spendenkonto
LINKE LISTE Nürnberg,
IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
BIC: SSKNDE77XXX
Stichwort: Spende
*V.i.d.P.: Stadträtin Marion Padua,
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg*



STADTRAT NEWS

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

N-Ergie – die Geheimnisse des städtischen Energieversorgers

Strom, Gas, Fernwärme, Trinkwasser und Elektromobilität – auf ihre unterschiedlichen Geschäftsfelder ist die N-Ergie stolz. Die Kund*innen hingegen sind von verwundert bis stinkesauer.

Die Energiewende aktiv mitzugestalten und als „verlässlicher Partner für die Menschen“ in der Region die „sichere und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft“ zu gewährleisten, ist der Anspruch des kommunalen Großversorgers.

Als verlässlicher Partner der Kund*innen und als treibende Kraft der Energiewende ist der Konzern medienwirksam vom 100-prozentigen Ökostrom. Alle Privatkund*innen, so die N-Ergie, würden von jetzt auf gleich Ökostrom beziehen, bräuchten dafür den Tarif nicht zu wechseln und auch nicht mehr Geld ausgeben.

Was war geschehen? Hatte die N-Ergie geheimnisvoll in den Ausbau von Windparks und Photovoltaik-Anlagen investiert? Leider nicht. Die wundersame Vermehrung des Ökostroms gründete auf dem Zukauf von Ökostromzertifikaten. Nicht

eine Photovoltaik-Anlage und nicht ein Windrad mehr waren entstanden, die N-Ergie aber konnte dank der Zertifikate aus Altanlagen plötzlich mit 100-prozentigem Ökostrom werben.

Mit diesem sogenannten „Greenwashing“ werden Papierzertifikate gekauft – dann darf der Stromname geändert werden. Wie das funktionieren kann, wenn gleichzeitig kein Ausbau von erneuerbaren Energieanlagen stattgefunden hat, bleibt das Geheimnis der N-Ergie.

Geheimnisvoll war lange Zeit auch, weshalb die N-Ergie Anfang 2023 tausenden Kund*innen keine Jahresabrechnungen mehr schickte und keine Abbuchungen mehr vornahm. Stellte das Unternehmen in der Energiekrise Strom und Heizung kostenlos zur Verfügung um die von der Inflation gebeutelten Haushalte zu verschonen?



Marion Padua
Stadträtin der LINKEN LISTE bringt seit 15 Jahren soziale Themen in den Stadtrat ein.



N-Ergie-
**Sozialtarif
Jetzt!**

Kund*innen konnten trotz intensiver Kontaktbemühungen nicht herauszufinden, wie hoch ihre Abschläge sein würden und warum keine monatlichen Abschläge abgebucht wurden.

Dann wurde das Geheimnis gelüftet: Die Energiepreisbremse zwang den Verwaltungsapparat mit neuer Geschäftsführung in die Knie. Anstatt dieselben Abschläge beizubehalten und dann eine Verrechnung vorzunehmen, wurden die Abbuchungen eingestellt. Das Ergebnis war, dass Monate später und ohne schriftliche Ankündigung, ein scheinbar willkürlicher Betrag abgebucht wurde. Die Abbuchung von oft vierstelligen Beträgen inmitten der Inflation brachte viele Familien in finan-

zielle Schwierigkeiten. Erst im November 2023 meldete sich Vorstand Maik Render öffentlich zu Wort und sprach davon, dass die größte Fehleinschätzung von ihm gekommen sei.

Er habe entschieden, dass der IT-Prozess zur Energiepreisbremse erst zu hundert Prozent umgesetzt werden sollte, um dann den Massenkundenprozess in einem Zugriff erledigen zu können. Entschuldigt bei den Kund*innen hat sich Maik Render jedoch nicht – das gebietet jedoch der Anstand.

Es stellte sich als weiterer Fehler heraus, Ende 2021 den Kund*innen-Center am Plärrer nach Ende der Pandemie nicht wieder zu öffnen. Zur Deeskalation in dem einen oder anderen Fall hätte ein Gespräch von

Angesicht zu Angesicht sicherlich beigetragen.

Für Härtefälle verwies die N-Ergie auf individuelle Lösungen und die Möglichkeit der Ratenzahlung. Dafür mussten Betroffene allerdings auch Kontakt zum Unternehmen herstellen können. Es funktionierte aber bei der N-Ergie nicht nur das Abrechnungssystem nicht mehr, infolge der vielen Anfragen kollabierte auch das Kontakt- und Hotline-System.

Sich bei der N-Ergie telefonisch oder per elektronischem Kontaktformular um eine Lösung etwaiger Probleme zu bemühen, hieß Eulen nach Athen zu tragen. Wer durchkam, wurde getröstet, und über die Mitarbeiter*innen der Hotline stürzte die Welle an Beschwerden zusammen.

Ein weiteres Geheimnis bleibt, wie viele Menschen dadurch von Stromsperrungen betroffen waren, da die horrenden Nachforderungen der N-Ergie nicht bezahlt werden konnte. Verantwortlich für die Misere bleibt das Management der Konzernspitze. Konzernspitze. Hierzu hat die LINKE LISTE erneut einen Stadtratsantrag angefragt. Das Wirrwarr wurde damit fortgesetzt, dass die

N-Ergie im Jahr 2023 reihenweise Nürnberger*innen enttäuschte, die sich mittels eines Balkonkraftwerks (Solarzellen) an der dezentralen Energiewende beteiligen wollten.

Wer sich ein Solar-Panel an seinen Balkon montiert, muss nämlich, bevor die steckerfertige Solaranlage in Betrieb genommen werden kann, seinen Zähler wechseln lassen. Bei der Umrüstung auf einen intelligenten Zähler wurden aus den angepeilten drei bis vier Wochen aber leider oft Monate. Die N-Ergie rechnete nicht mit der großen Nachfrage und die Monteure kamen mit den Zählerwechseln einfach nicht mehr hinterher.

Fazit: Die N-Ergie ist ein städtisches Unternehmen mit einem sozialen Auftrag – die Menschen mit bezahlbarem Strom, Gas und Heizung zu versorgen. Verlässlichkeit, guter Kundenservice und die Lösung von Zahlungsproblemen müssen im Vordergrund stehen. Vor allem brauchen wir einen Sozialtarif um Stromsperrungen zu vermeiden.

Die LINKE LISTE Nürnberg – Ihre soziale Kraft im Rathaus!

Die LINKE LISTE Nürnberg steht für eine soziale Kommunalpolitik. Sie ist eine Wählervereinigung in Nürnberg, die mit ihren Forderungen dazu angetreten ist, Nürnberg zu einer sozialen Stadt für alle hier lebenden Menschen zu gestalten.

Nicht zu verwechseln mit der Partei „Die Linke“, die 1999 aus der LINKEN LISTE ausgetreten ist.

Seit der Kommunalwahl 2008 sitzt die LINKE LISTE im Nürnberger Stadtrat. Dies hat sich für viele Nürnberger*innen gelohnt. Wir kennen nicht nur die Be-

dürfnisse und Sorgen der Menschen gut, wir greifen sie auf und setzen sie im und außerhalb vom Stadtrat immer wieder auf die Tagesordnung. Die größten Erfolge hat die LINKE LISTE dann erreicht, wenn Forderungen von möglichst vielen Menschen begleitet und unterstützt werden. Die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und die Verzahnung von außerparlamentarischem Engagement und Stadtratsarbeit ist der Schlüssel für unseren Erfolg.

Schenken Sie uns auch weiterhin Ihr Vertrauen!

Seit 2008 im Nürnberger Stadtrat

INTERNATIONAL ÜBERPARTEILICH KONSEQUENT SOZIAL ZUVERLÄSSIG

UNBESTECHLICH ÖKOLOGISCH GLAUBWÜRDIG

MIT SOZIALEN BEWEGUNGEN AUF AUGENHÖHE DEIN SPRACHROHR IN UNSERER STADT

LINKE LISTE Nürnberg

Für eine soziale Stadt!

Zeitenwende heißt Sozialabbau

Die Ampel-Regierung treibt den Sozialabbau voran!

Vor einigen Wochen erlebten wir eine Protestwelle unter dem Motto „Nie wieder ist JETZT!“. Auslöser war dabei vor allem ein zuerst geheimes Treffen der AfD und anderer rechter Organisationen, um ihre rassistischen Abschiebepläne zu diskutieren.

Ganz vorne mit bei den Protesten: Vertreter der SPD, CDU, Grüne – man müsse jetzt aufstehen gegen Rechts. Das ist auch richtig. Es braucht eine breite Basis und aktive Bewegung gegen die menschenverachtende Politik und Ideen der AfD - Nie wieder... ist wirklich JETZT!

Jedoch die Ampel-Parteien an der Spitze der Proteste zu sehen, die in den Wochen zuvor einen mit Sozialkürzungen gelöcherten Bundeshaushalt beschlossen haben und das Asylgesetz abbaut, ist nunmehr als ironisch. Von ungebremst steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen, Einsparungen im Wohnungsbau bis zu Kürzungen beim Klima – für all das soll kein Geld vorhanden sein. Dieser Sozialabbau ist der Nährboden für jene rechte



Ostermarsch für den Frieden – die LINKE LISTE war dabei.

Ideologien, gegen die vermeintlich angegangen werden soll. Dahinter steht die Strategie der von Scholz angekündigte Zeitenwende. Deutschland soll wieder kriegstüchtig werden. Diese Kriegstüchtigkeit kostete den Bürger*innen bisher 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr und jährliche Militärausgaben von 67 Mrd. (2023). Die Ukrainehilfe beläuft sich, laut auswärtigem Amt, auf 28 Mrd. Euro für humanitäre und finanzielle Unterstützung sowie für Waffen.

Die LINKE LISTE hält eine Wende, hin zur Friedentüchtigkeit, für erforderlich. Diese o. g. wahnhaften Militäraus-

gaben werden dringend für Soziales, Bildung und Klimaschutz benötigt. Statt Waffen zu liefern muss sich Deutschland für Friedensverhandlungen einsetzen. Das Befeuern der Kriege durch Waffenlieferungen verschärft die Situation und riskiert einen dritten Weltkrieg.

Wir benötigen eine soziale Zeitenwende hin zum Frieden: die Ausgaben und Arbeit die in die Kriegstüchtigkeit fließen sollen, müssen in soziale Infrastruktur, sozialem Wohnen, Renten und dem Gemeinwohl investiert werden, ganz besonders in Krisenzeiten wie diesen.